



Jungdemokraten

DJD

LANDESDELEGIERTENKONFERENZ '84
21./22. Januar Düsseldorf

BESCHLÜSSE

Deutsche Jungdemokraten
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Kieler Straße 25-27
5600 Wuppertal 1
Tel. 0202/ 44 80 42

Der Landesvorstand wird beauftragt, Jungdemokraten, die wegen ihrer Mitgliedschaft bei den DJD bei anderen Organisationen und Parteien ausgeschlossen, mit Ausschluß bedroht oder nicht aufgenommen werden, in diesen Auseinandersetzungen zu unterstützen und in Gesprächen mit den betreffenden Organisationen oder Parteien darauf hinzuwirken, daß Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber Jungdemokraten nicht gefaßt bzw. aufgehoben werden.

Es paßt offensichtlich nur zu gut: Die Jahreswende zum Orwell-Jahr 1984 ist geprägt vom Weihnachtsgeschäft mit Home-Computern, Eltern verstehen die unheimlich-computerisierte Welt ihrer Kinder nicht mehr, die Einführung eines maschinenlesbaren Personalausweises ist nur noch eine Frage der Zeit, die Abhaltung der Volkszählung eine der Form, Rationalisierung und Roboterisierung verändern den Arbeitsmarkt nachhaltiger als konjunkturelle Störungen dies könnten. Und Jungdemokraten, wie die gesamte Linke, die bereits 1977, im deutschen Herbst, zu spüren bekamen, was an Überwachung der Staat Bundesrepublik zu leisten in der Lage ist, verbinden mit 1984 Gedanken an einen totalen Überwachungsstaat, an staatliche Eingriffe in das Intimleben, an die Zerstörung von Opposition und die Militarisierung der Gesellschaft mit Herrschaftsmitteln von neuer Qualität. Die demokratische Linke – insgesamt in der Defensive und von der Triebkraft der Reaktion arg gebeutelt – muß sich vorwerfen lassen, wenig rational mit den gegenwärtigen technischen Veränderungen umzugehen und in der Gefahr zu stehen, sich auf ein konservativ-antimodernistisches Romantisieren vor-mikroelektronischer Zustände zu beschränken.

Die unaufhaltsame Entwicklung der Produktivkräfte hat mit der Entwicklung der Mikroelektronik sich in einem gewaltigen Sprung nach vorne bewegt. Mikroprozessoren und Computer eröffnen neue Möglichkeiten der industriellen Produktion, der Kommunikation und der Information. Mit technologischer Entwicklung rational umzugehen, und das heißt sowohl sie zu begreifen als auch eine dem Stand der Produktivkräfte angemessene Form gesellschaftlicher Organisation anzustreben, ist Aufgabe der Jungdemokraten wie der gesamten demokratischen Linken.

Produktivkraft- und gesellschaftliche Entwicklung

Gesellschaftliche Entwicklungen stehen in einem direkten, wenn auch nicht zeitgleichen Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte. Aus der fortgeschrittenen Produktion der Städte entwickelte sich seit dem Mittelalter die bürgerliche Gesellschaft. Mit der zunehmenden Entwicklung der Industrie wurde diese und diejenigen, die sie befehligten, "herrschend" und nahmen der feudalistischen Gesellschaft die Lebensgrundlage. Gesellschaftlicher Ausdruck der bürgerlichen Gesellschaft wurden die "bürgerlichen Rechte" – in erster Linie das Recht auf Besitz – auch der eigenen Person. Als eine Gesellschaft von Gleichen und Freien verstand sie sich; die Freiheit des Vertragsabschlusses über eine Arbeitsstelle, über eine andere Form des Warentausches war

dennoch eine Beziehung von Ungleichen. Die Verfügung über Produktionsmittel bestimmte die gesellschaftliche Herrschaft, die in Verfügungsgewalt der Kapitalistenklasse sich befindenden Produktionsmittel waren sowohl Mittel der ökonomischen und politischen Herrschaftssicherung, aber auch Mittel des gesellschaftlichen Fortschritts — gebar die kapitalistische Gesellschaft, die Gesellschaft der großen Industrie doch auch die Arbeiterbewegung, welche gesellschaftlichem und technischem Fortschritt folgend angemessene Forderungen stellte (allgemeines Wahlrecht, Frauenwahlrecht, 8-Stunden-Tag, soziale Sicherung, später dann betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung, Arbeitsschutz, Koalitionsfreiheit, 35-Stunden-Woche usw.), die auch zu Teilen erkämpft werden konnten. Demokratische Opposition gegenüber den jeweils gesellschaftlich Herrschenden hat sich dabei den historischen Gegebenheiten anzupassen oder ist zum Scheitern verurteilt, die Organisationen der Handwerksgehilfen, Arbeiterbildungsvereine und Gewerkschaften haben sich mit der Veränderung der Produktionsstruktur verändert und sich ihr nicht entgegengestellt; Kleinbauern oder Weber, deren Existenz durch technische Entwicklung gefährdet wurde, gingen unter, wenn sie sich nicht anpaßten.

Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft lehrt uns, daß zum Scheitern verurteilt ist, wer sich der Entwicklung von Technologie prinzipiell entgegenstellt. Auch die mikroelektronische Revolution aufhalten zu wollen, hieße Webstühle zerschlagen, weil man sich mit ihnen nicht auskennt und sich ihnen entsprechend eingerichtet hat. Für Jungdemokraten gilt es deshalb stets, die in der Entwicklung der Produktivkräfte liegende Chance zur optimalen Bedürfnisbefriedigung der größtmöglichen Zahl zu nutzen, denn dies heißt Freiheit, materialistisch verstanden, zu erweitern.

Dem widerspricht nicht die Tatsache, daß Produktivkraftentwicklungen von Menschen gemacht werden, wenn auch weder zufällig noch aus freien Stücken. Die meisten Erfindungen und Entwicklungen erfolgen planmäßig, und nicht, um die Menschheit zu beglücken, sondern um Profite zu erhöhen oder Herrschaft zu sichern (bzw. zu erlangen). Nichtsdestoweniger verlangt jede qualitative technische Vorwärtsentwicklung eine angemessene Form gesellschaftlicher Organisation, die sich in Schutzvorschriften und Formen der Beteiligung ausdrückt, wenn nicht eine Ungleichzeitigkeit zwischen Produktivkraft- und gesellschaftlicher Entwicklung mit einer gewaltsamen Anpassung in Kauf genommen werden soll.

Für Jungdemokraten kann es deshalb keine prinzipiellen Einwände gegen die Entwicklung neuer Technologie (sofern diese nicht aus sich heraus unkontrollierbar ist: Genmanipulation, Atomkernspaltung) und die Veränderung von Produktionsstrukturen geben. Auch im Zeitalter der Computerisierung geht es vielmehr darum, die angemessenen Forderungen zu stellen und an ihrer Durchsetzung zu arbeiten, um die Nützlichkeit neuer Entwicklungen nicht den Herrschenden (einer überholten Epoche) zu überlassen.

Im Produktionsbereich bedeutet die mikroelektronische Revolution die Möglichkeit immer noch ungeheurer Produktivitätssteigerungen (d. h., daß mit immer weniger menschlicher Arbeit immer mehr produziert werden kann). Die gesellschaftliche notwendige Arbeit, die gebraucht wird, um die Güterversorgung aufrecht zu erhalten oder auch zu steigern, wird immer weniger. Dies bedeutet unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine weitere Zunahme von Arbeitslosigkeit (unabhängig von "Auf-" oder "Abschwüngen" der Konjunktur), eine verstärkte Investitionstätigkeit mit steigenden Profiten bis zur erneuten Sättigung der Märkte und ein finanzieller Zusammenbruch der Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Allein im Selbsterhaltungsinteresse des Systems wird es deshalb liegen, die soziale Sicherung (nachdem sie unter konservativer Führung auf ein notwendiges Minimum reduziert worden ist) über eine Produktivitätsbesteuerung zu sichern.

Das von den Gewerkschaften und der demokratischen Opposition zu Fordernde ist die ständige Anpassung der individuellen Wochenarbeitszeit an den Bedarf gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Jungdemokraten unterstützen deshalb den Kampf um die 35-Stunden-Woche und die weitere Anpassung der Wochenarbeitsstundenzahl an die Entwicklung technologischer Erfordernisse. Der volle Lohnausgleich für eine Arbeit, die weiterhin die gleichen Werte schafft wie unter anderen technischen Bedingungen bei längerer Arbeitszeit kann dabei überhaupt nicht zur Debatte stehen.

Jungdemokraten unterstützen darüberhinaus den Kampf um den Erhalt und vielfach die Erlangung menschlicher Arbeitsbedingungen. So dürfen etwa die technischen Möglichkeiten der Computer nicht zu einer Entsolidarisierung der Beschäftigten durch Wiedereinführung der Heimarbeit führen. Die vorindustriell anmutende Romantik der Arbeit im eigenen Heim relativiert sich schnell, wenn die Wohnung zum Teil des Großunternehmens wird — mit allen Möglichkeiten des Zugriffs auf den Arbeitsplatz, aber ohne die Möglichkeiten kollektiver Aktion innerhalb des Unternehmens.

Im Bereich der Kommunikation begrüßen Jungdemokraten die Entwicklung und den Ausbau neuer Kommunikationsmöglichkeiten grundsätzlich dann, wenn er der Befriedigung objektiver Bedürfnisse gilt. Ein derart gebrauchswertorientierter Ausbau der Kommunikationsstruktur steht im Gegensatz zum tauschwertorientierten Medienangebot, das sich ausschließlich nach den Möglichkeiten der Profitmaximierung richtet. So kann an den gegenwärtigen Plänen zur Verkabelung, zur Einführung des Satellitenfernsehens oder des Bildschirmtextes wohl ein kommerzielles Interesse gesehen werden, nicht jedoch ein gesellschaftliches. Im Gegenteil, ein Teil der neuen Medienangebote kann sich als ausgesprochen sozial schädlich erweisen.

Jungdemokraten fordern deshalb das kostendeckende Angebot neuer Kommunikationstechnologien. Da Bildschirmtext wie Kabelfernsehen ausschließlich unter Profitgesichtspunkten entwickelt wurden, dürfen die Kosten ihrer Einführung nicht sozialisiert werden – weder über direkte öffentliche Subventionierung noch durch die Belastung kostendeckend arbeitender und bedürfnisgerechter Kommunikationsangebote der Bundespost.

Ebenso ist im Bereich der Informationsverarbeitung (Datensammlung) zu unterscheiden zwischen der sozial verträglichen Sammlung und Verwertung von Dateien – etwa zur Verarbeitung für Stadt- und Regionalplanung, Gesundheitswesen, Sozialvorsorge u. v. m. – und ihrer Sammlung zur Unterdrückung von Opposition, zur "Formierung" der Gesellschaft.

Jungdemokraten begrüßen deshalb eine Volkszählung, sofern diese mehr und bessere Planungsdaten liefern kann als dies mit den Methoden moderner Sozialstatistik möglich ist. Jungdemokraten lehnen eine Volkszählung ab, die der Bürokratie oder einzelnen privaten Interessen die Rückführbarkeit von Daten auf Individuen ermöglicht, und die damit zum politischen oder ökonomischen Herrschaftsmittel über den vereinzelt "gläsernen" Bürger wird. Ebenso kann eine Personenkennummer (oder ein maschinenlesbarer Personalausweis) keine Vorteile für eine demokratische Gesellschaft bringen. Das Recht des Staates, über Name und Wohnort der Bürger sich gegebenenfalls mit Hilfe eines Dokumentes Auskunft geben zu lassen, ist durch die gegenwärtige Form der Ausweise gegeben. Auch hat Fälschungssicherheit nichts mit Numerierung und Computerlesbarkeit zu tun. Nur die Absicht zur Möglichkeit der ständigen Verhaltenskontrolle einzelner Bürger gibt dem computerlesbaren Ausweis einen Sinn – Sinn als ein Herrschaftsmittel, dessen Einführung Jungdemokraten ablehnen.

Die tief in den Bereich bürgerlicher Grundfreiheiten eindringende Entwicklung neuer Informationsverarbeitungssysteme erfordert die Weiterentwicklung und Veränderung von Grundrechten. Das Datenschutzrecht und das vom Bundesverfassungsgericht beschriebene Recht auf "informationelle Selbstbestimmung" ist zu einem mit deutlichen Mit- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten festlegenden Ausführungsgesetzen versehenem Grundrecht zu entwickeln.

Jungdemokraten sehen es als eine ihrer Aufgaben an, das Bewußtsein über Chancen und Gefahren neuer Datentechnologie in der Bevölkerung zu entwickeln. So werden Jungdemokraten etwa politische Aktionen anbieten, die den Sinn von Daten und Datenerfassung öffentlich machen (welche Daten braucht der Staat, welche nicht?). Sie werden sich ferner durch das Öffentlich-Machen von Dateien bemühen, das Datenbewußtsein zu schärfen. Am Boykott unerträglicher Datenerfassung werden sie sich – im Sinne zivilen Ungehorsams zur Einlösung eines Grundrechtes – beteiligen.

Die Jungdemokraten lehnen Kommerzfunk-Pläne in NRW ab

Seit Jahrzehnten treten CDU und CSU gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Bundesrepublik an, weil er unausgewogen und ihnen gegenüber eher kritisch eingestellt sei. Adenauers Versuch, eine staatliche Bundesfernsehanstalt zu installieren, war nur der spektakulärste Coup der Konservativen, die elektronischen Medien ihrer öffentlich-rechtlichen Struktur und ihrer Aufgabe, für die Allgemeinheit bestimmte Programme auszustrahlen, zu entkleiden.

Nun kündigen die Christdemokraten des größten Bundeslandes ein neues Papier zur Rundfunkpolitik an. Darin soll, wie den Andeutungen von Herrn Worms vom 11. Januar vor der Landespressekonferenz in Düsseldorf zu entnehmen ist, erneut ein Versuch gestartet werden, private Rundfunkanstalten auch an Rhein und Ruhr zu etablieren – im größten und einzigen Bundesland, wo die zuständige Landesrundfunkanstalt (WDR) bisher auf Hörfunkwerbung verzichtet hat.

Diesem Vorhaben der CDU ist entgegenzuhalten: Eine zahlenmäßige Vermehrung von Rundfunkprogrammen, egal ob im Fernsehen oder im Hörfunkbereich, bedeutet durchaus nicht automatisch mehr Pluralität und Vielfalt für das Publikum. Jüngstes Beispiel: Vier Radioprogramme des WDR müssen nicht mehr bieten als die bisherigen drei. In erster Linie wird hier zusätzliche elektrische Energie verbraucht. Quantität sollte aber nicht mit Qualität verwechselt werden.

Berichte aus dem Ausland, wo Sendelizenzen in großem Stil vergeben werden (etwa in Italien und in den USA) lassen eher darauf schließen, daß zusätzliche Programme zur Verflachung des angebotenen Niveaus tendieren, statt ausführlichere Informationen oder gehobener Unterhaltung werden in den Hauptsendezeit vorwiegend anspruchslose Serienproduktionen oder Live-Shows ausgestrahlt, die sich gut mit Werbung verbinden lassen. Diese Werbung geht aber nicht nur der Presse verloren und könnte dort – vor allem bei regionalen oder lokalen Blättern – einen neuen Konzentrationsschub einläuten, sondern den Zuschauern und Zuhörern wird gleich zweimal in die Geldbörse gegriffen: Durch höhere Rundfunk-Gebühren und die Werbekosten, die sich die Anbieter letzten Endes von den Verbrauchern mitbezahlen lassen.

Zur Situation in Mittelamerika

Unter fundamentaler Verletzung des Völkerrechts (der UN-Charta und der Charta der Organisation amerikanischer Staaten, OAS) haben am 25. Oktober 1983 amerikanische Marineeinheiten in Zusammenarbeit mit Truppen der nordkaribischen Staaten den souveränen Inselstaat Grenada besetzt.

Hiermit liefern die USA erneut den Beweis, daß sie bereit sind, ihre eigenen Interessen mittels direkter militärischer Gewalt durchzusetzen.

Die in Grenada durch den internen gewaltsamen Umsturz vom 19. Oktober 1983 entstandene gespannte innenpolitische Situation rechtfertigt auf keinen Fall diese eklatante Verletzung der Rechte eines souveränen Mitglieds des Commonwealth.

Auch die sonstigen von der US-Regierung für diese Invasion vorgebrachten Gründe rechtfertigen eine solche Aktion nicht. Bei der Intervention der USA wurde bewußt Krieg als politisches Mittel eingesetzt.

Mit Bestürzung müssen wir feststellen:

- daß die USA Gewalt als politisches Mittel eingesetzt hat und weiter einsetzen wird und damit die Chancen von Verhandlungslösungen auch in anderen Krisen- bzw. Kriegsgebieten (z. B. Südafrika/Angola) vermindert oder gar unmöglich gemacht hat
- daß sich in Mittelamerika die Kriegsgefahr weiter dramatisch zuspitzen wird, vor allem durch die zunehmende militärische Präsenz der USA in dieser Region
- daß jede eigenständige Entwicklung in den sogenannten Dritte-Welt-Ländern durch die aggressive Politik der USA und die dagegenstehenden Interessen der Sowjetunion gefährdet oder vermindert wird.

Wir sehen durch die Besetzung Grenadas durch die USA die Einschätzung der sechsten Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver in seiner Erklärung zu Mittelamerika bestätigt:

“Die derzeitige Regierung der Vereinigten Staaten hat aufgrund ihrer Auffassung von der Sicherheit der Nation eine Politik militärischer, wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Initiativen eingeleitet, die darauf abzielt, die Regierung Nicaraguas zu destabilisieren, die internationale Hilfe

für Guatemalas gewalttätiges Militärregime wieder aufzunehmen, den Kräften des historischen Wandels in El Salvador entgegenzutreten und Honduras zu militarisieren, um von dieser Basis aus die Bestrebungen der Völker Mittelamerikas im Zaum zu halten ...

Die Destabilisierung Nicaraguas ist ein Angriff auf das Leben und durchaus geeignet, nicht nur die Länder Mittelamerikas, sondern auch die Karibik in tiefes Leid zu stürzen und große Verluste an Menschenleben zu fordern. Sie untergräbt die legitimen Forderungen und das Ringen der Armen in der ganzen Region um ein Ende der Ausbeutung und um die Möglichkeit auf ihrem schwierigen Weg zum Leben in seiner ganzen Fülle ihre Geschicke zu bestimmen."

Dieses Verhalten führt uns zu der Erkenntnis, daß die USA in der BRD die Interessen der Bevölkerung unseres Landes nicht berücksichtigt und auch hier ausschließlich ihren machtpolitischen Interessen gemäß handeln will. So ist es auch nicht mehr erstaunlich, daß ein Staat wie die USA, der sich als zutiefst demokratisch versteht, zu diesen militärischen Mitteln greift.

Wir wehren uns dagegen, daß die Prinzipien der Demokratie im Vollzug politischen Handelns aufgegeben werden, wie zum Beispiel bei der Besetzung Grenadas oder bei der Unterstützung diktatorischer Regime.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich deutlich vom Verhalten der USA zu distanzieren, gegen die Interventionspolitik der USA zu protestieren und die Interventionspolitik der USA durch politischen Druck seitens der Bundesregierung (und der Regierungen der anderen westeuropäischen Länder) zu stoppen.

Wir rufen die Mitglieder der Jungdemokraten zu verstärkter und politisch entschiedener Solidaritätsarbeit mit den Völkern Mittelamerikas auf.

Wir tun dies in der Überzeugung, daß sich die Kriegsgefahr für unser Land nicht nur durch eine wachsende nukleare Bedrohung erhöht, sondern auch durch eine zunehmende Militarisierung in der sogenannten Dritten Welt.

Stoppt Rüstungsexport!

Demokratisierung, Selbstbestimmung und Frieden sind zentrale Forderungen bzw. Ziele der Jungdemokraten.

Der ständig steigende Rüstungsexport und Rüstungs-Technologie-Transfer an die Regierungen in den Ländern der sogenannten Dritten Welt trägt zunehmend zum Unfrieden (Diktaturen, Fremdbestimmung und kriegerische Auseinandersetzungen) bei. Rüstungsexport verhindert Entwicklungschancen und verstärkt den weltweiten Prozeß der Militarisierung.

Daher lehnen die Jungdemokraten Rüstungsexport ab.

In der Bundesrepublik werden finanzielle Mittel in die Rüstungsproduktion investiert, die den Gesamtumfang aller für Entwicklungshilfe aufgewandten Mittel um das zwanzigfache übersteigen. Ein wesentlicher Teil dieser Produktion geht in den Export — zunehmend in die Dritte Welt. Aus der Bundesrepublik werden Waffen in die Dritte Welt verkauft, im Schnitt der letzten vier Jahre im Wert von zwei Milliarden DM jährlich.

Die Zunahme des bundesdeutschen Rüstungsexportes ist seit 1974 weit über dem weltweiten Durchschnitt. Von dem Anspruch einer "restriktiven" Handhabung der gesetzlichen Richtlinien kann nicht mehr gesprochen werden.

Deshalb ist der theoretische Anspruch der Bundesregierung, wie er im fünften Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (März 1983, Seite 7, Absatz 2 - 4) gestellt wird, nur als eine Farce zu verstehen, da sie der Handlungsweise der Bundesregierung widerspricht.

Wir, die Jungdemokraten, fordern die Bundesregierung auf, jede Art von Waffenlieferungen in andere Länder — vor allem in Länder der Dritten Welt — wirksam zu untersagen und zu unterbinden.

Wir, die Jungdemokraten/-innen des Landesverbandes NRW, fordern die anderen Landesverbände und den Bundesverband der Jungdemokraten auf, die vom BuKo (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Arbeitskreise) initiierte Kampagne gegen Rüstungsexport zu unterstützen.

Wir, der Landesverband NRW, unterstützen die Kampagne gegen Rüstungsexport.

Wir fordern außerdem alle Mitglieder der Jungdemokraten auf, sich an dieser Kampagne gegen Rüstungsexport zu beteiligen.

Anhang: 5. Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, 3/83, S. 7, Abs. 2 - 4

"Die Bundesregierung wendet sich gegen Versuche, den Ost-West-Gegensatz in die Dritte Welt hineinzutragen. Sie tritt für das Recht der Staaten ein, sich ihre politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung frei und ohne äußere Einmischung selbst zu wählen.

...

Auch in der Dritten Welt tritt die Bundesregierung für gewaltlose Konfliktlösung ein.

Vor diesem Hintergrund sieht die Bundesregierung in der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Länder der Dritten Welt ein wesentliches Element des Weltfriedens und der Stabilität. Sie bejaht die eigenständige Rolle der blockfreien Länder.

...

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist ein wesentliches Element unserer auf Sicherung des Friedens in der Welt gerichteten Außenpolitik.

...

35-Stunden-Woche

Die Jungdemokraten unterstützen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und führen im Rahmen ihrer Möglichkeiten eigenständige Aktivitäten durch.

In diesem Jahr steht uns eine der zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, der Kampf um die 35-Stunden-Woche, bevor. Dies wird nicht eine "nur" tarifliche Auseinandersetzung zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen sein wie in den Lohnrunden der letzten Jahre, sondern eine gesellschaftliche Entscheidung, die etwa über ein Jahrzehnt hin – in einem wichtigen Bereich – entscheidet, wer die Nase vorne hat, der fortschrittliche Teil der Gesellschaft oder die vereinigte Rechte. Aber nicht nur das, der Erfolg oder die Niederlage dieser Bewegung wird auch Auswirkungen haben auf die Motivation oder den Frust anderer Bewegungen (z. B. Friedens-) wie selbstverständlich auch umgekehrt.

Repression und Arbeitsintensivierung

Die Massenarbeitslosigkeit zeigt heute schon deutlich, wie Unternehmer diese als Instrument für weitgehende Repression im Betrieb und weitgehende Arbeitsintensivierung nutzen. Mit der stetigen (realen) Angst im Nacken, fast jederzeit durch einen Arbeitslosen ersetzt zu werden, steigt die Möglichkeit der Unternehmer, Lohnabhängige erpressbarer zu machen, damit sie sich nicht mehr für ihre Interessen einsetzen. Dies geht einher mit zunehmender Rationalisierung und damit auch zunehmender Arbeitsbelastung. Durch den zunehmenden Einsatz von Computern wird die Arbeit immer kontrollierbarer und gleichzeitig immer monotoner (s. Bildschirmgeräte). Dieser zunehmende Wegfall von versteckten Pausen und übermäßige einseitig monotone Überanstrengung führen dazu, daß Lohnabhängige auch immer weniger nach Feierabend in der Lage sind, sich zu engagieren bzw. ihre Interessen zu vertreten.

Steigende Massenarbeitslosigkeit

Mit dem jetzigen Stand der Massenarbeitslosigkeit wird man jedoch nicht überwindern können. Die Prognosen zeigen deutlich, daß mit einem rapiden Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu rechnen ist. So wird davon ausgegangen, daß bei einem vergleichsweise günstigen Wachstum von jährlich 2 bis 2,5 % mit vier Millionen Arbeitslosen Ende der 80er Jahre zu rechnen sein wird. Bei einem noch niedrigerem Wachs-

tum — was wohl wahrscheinlicher ist, steigen natürlich entsprechend die Arbeitslosenzahlen. Dabei sind die auf Mikroelektronik basierenden Technologien anwendungsreif entwickelt und werden im Produktionsprozeß, Dienstleistungs-, Büro- und Verwaltungsbereich in hohem Tempo eingesetzt.

Bei o. g. Wachstumsrate sowie dem gesamten Einsatz von Mikroelektronik ist davon auszugehen (lt. Prognose), daß es einen Produktivitätszuwachs (je Erwerbstätigen) von 2,2 bis 2,9 % geben wird. Die Arbeitsproduktivität übersteigt demnach dauerhaft das Wachstum um mindestens 0,2 und maximal um 0,9 Prozentpunkte. Im Ausmaß dieser Spanne wird jährlich der Gesamtbestand an Arbeitsplätzen abgebaut, im Zeitraum von 1980 bis 1990 entspricht dies einem Verlust von mindestens 1,1 Millionen Arbeitsplätzen. Zusammen mit der steigenden Erwerbspersonenzahl (geburtenstarke Jahrgänge) und den nicht registrierten Arbeitslosen (stille Reserve) werden die Arbeitslosen auf vier Millionen ansteigen.

Auseinandersetzung mit anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung

Wenn man also die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, so muß man eine schnelle, umfassende und massive Arbeitszeitverkürzung durchführen. Der Beschäftigungseffekt muß dabei der zentrale Bewertungspunkt an die Art der Arbeitszeitverkürzung sein. Dabei gilt es, die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern, die jährlich auftretenden neuen Erwerbspersonen einzugliedern und den bestehenden Arbeitslosensockel möglichst schnell abzubauen. Dazu muß überschlägig ein Beschäftigungseffekt von jährlich 440.000 Personen erreicht werden, um die Arbeitslosenzahlen deutlich unter zwei Millionen zu drücken.

Auf die individuelle Arbeitsplatzflexibilisierung setzen vor allem die Unternehmer. Hier kann man aber kurz feststellen, daß es diese Möglichkeit ja eigentlich schon seit eh und je gibt, aber die sich die Lohnabhängigen — bis auf wenige in hohen Gehaltsklassen (Lehrer, Professoren u. ä.) — nicht leisten können. Außerdem wird hier versucht, z. B. mit Job-Sharing ein neues Knebelungsinstrument zu installieren. Kurz gesagt: Dieses System ist nicht geeignet, weil es fast gar keinen Beschäftigungseffekt, keinen Lohnausgleich und neue Repressionsmöglichkeiten für Lohnabhängige beinhaltet.

Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch die Herabsetzung der Altersgrenze wäre eine weitere Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung. Das wichtigste Modell bei dieser Form der Arbeitszeitverkürzung dürfte das Modell der Tarifrente der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten sein. Dieses Modell geht davon aus, daß die Lohnabhängigen 75 % des letzten Nettoeinkommens erhalten. Zwei Drittel soll der Arbeitgeber von der Bundesanstalt für Arbeit (bei Wiederbesetzung des Arbeitsplatzes) erhalten, und ein Drittel soll von den Tarifparteien aus den ausgehandelten Lohnerhöhungen abgezogen werden. Das Arbeitsministerium will als Vorruhestandsgeld wesentlich niedriger ansetzen und den eigenen Beitrag prozentual niedriger halten. Die Kosten dieser Maßnahme müßten die Lohnabhängigen tragen durch höhere Steuern bzw. Abgaben und wohl noch deutlichere Reallohnverluste. Entscheidend für die Beschäftigungswirkung dürfte die Inanspruchnahme sein, da sich diese ja auf freiwilliger Basis vollzieht. Die NGG geht hier von 515.000 Personen aus.

Da die Wiederbesetzung von Arbeitsplätzen nur schwer zu kontrollieren ist, ist mit einem Sickerverlust von 20 % zu rechnen. Es träte somit eine Beschäftigungswirksamkeit von etwa 412.000 Personen auf. Im Vergleich zum tatsächlichen Beschäftigungseffekt bei der 35-Stunden-Woche (1.430.000 bis 1.857.000 Personen) fällt die Tarifrente damit deutlich zurück. Fazit: Das Modell der NGG hat zwar eine Beschäftigungswirkung, diese ist aber deutlich schlechter als bei der 35-Stunden-Woche.

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Die vorgenannten Möglichkeiten haben aufgezeigt, daß diese nicht ausreichend oder sogar negativ für die Lohnabhängigen und Arbeitslosen sind. Was wir aber brauchen, ist eine massive Arbeitszeitverkürzung. Hier erweist sich die 35-Stunden-Woche als zentraler Faktor. Dafür sprechen im wesentlichen drei Gründe:

- Sie schafft mit der Wochenarbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden die meisten Arbeitsplätze, nämlich zwischen 1,43 und 1,86 Millionen und leistet damit den wirksamsten Beitrag gegen die Massenarbeitslosigkeit.

- Sie reduziert die Arbeitszeit für alle Beschäftigten und nicht nur für kleinere Gruppen. Sie bekämpft damit zugleich Gesundheitsverschleiß und Frühinvalidität schon in ihrer Entstehung und nicht erst, wenn sie eingetreten sind.

— Sie schafft ein größeres Maß an Freizeit, jeden Tag, und nicht erst im Urlaub oder im Ruhestand. Sie schafft gleichzeitig Chancen für eine gleichmäßigere Verteilung der Hausarbeit zwischen Frauen und Männern.

Während bei anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung Unternehmer und Regierung durchaus Konzessionsbereitschaft erkennen lassen, stößt die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gleich auf den härtesten Widerstand. Die wichtigsten Gegenargumente lauten hier:

- Die 35-Stunden-Woche bewirkt keine Mehrbeschäftigung.
- Sie kostet zuviel, und
- sie sei betrieblich nicht umsetzbar.

Im folgenden wird dargelegt, warum diese Gegenargumente nicht stichhaltig sind. Vorzubemerkenswert wäre hier, daß die Argumente, die die 35-Stunden-Woche habe keine Beschäftigungswirkung und sie koste zuviel, wenigstens unter logischen Gesichtspunkten nicht aufrechtzuerhalten sind. Entweder den Unternehmen gelingt es, durch Rationalisierun-

gen, die 35-Stunden-Woche aufzufangen, dann ist sie kostenneutral, oder aber sie hat eine Beschäftigungswirkung, und es entstehen durch Neueinstellungen Kosten.

Rein rechnerisch würde die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu einem Mehrbedarf von 2.858.000 Arbeitskräften führen. Aber aus den vergangenen Arbeitszeitverkürzungen wissen wir, daß ein Teil der Arbeitszeitverkürzung durch Rationalisierungen aufgefangen wird. Dies waren in der Vergangenheit 50 %. Zu einem gleichen Ergebnis kam das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bei einer Umfrage Ende 1976.

Aufgrund der zunehmenden Arbeitsverdichtung kann man jedoch davon ausgehen, daß der Beschäftigungseffekt heute höher wäre als in der Vergangenheit. Deshalb wird von einem Beschäftigungseffekt von ca. 50 - 65 % (1,43 - 1,86 Millionen bei allgemeiner Einführung der 35-Stunden-Woche) ausgegangen. Es wäre jedoch ein Irrtum davon auszugehen, daß Beschäftigungseffekt gleich Einstellungen wäre. Ein Großteil der Beschäftigungswirkung wird in einer Vermeidung oder Verringerung von Entlassungen bestehen. Die Beschäftigungswirkung wird auch sehr unterschiedlich sein. So kann man generell sagen, daß die Beschäftigungswirkung im Produktionsbereich hoch, in Büros und Verwaltung geringer ausfallen wird. Im öffentlichen Dienst kann es ohne politischen Druck zum Abbau von Dienstleistungen führen.

Bei der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung ist die Frage des Lohnausgleichs in besonderer Weise umstritten. Weit über das Arbeitgeberlager wird von Befürwortern der Arbeitszeitverkürzung die Auffassung vertreten, die Forderung nach vollem Lohnausgleich sei aus ökonomischen Gründen nicht sinnvoll. Von Arbeitgeberseite wird argumentiert, daß der volle Lohnausgleich zu steigender Kostenbelastung führe, das zur Finanzierung von beschäftigungsfördernden Investitionen fehlen würde. Die Gewinne von "gestern" sind dorthin nicht geflossen, wie jeder deutlich erkennen kann, obwohl damals genauso argumentiert wurde. Auch heutige Investitionsuntersuchungen zeigen deutlich, daß dies in erster Linie Rationalisierungsinvestitionen sind, also zum Abbau von Arbeitsplätzen führen. Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich läßt sich trotz Behauptungen der Unternehmer beschäftigungswirksam und kostenneutral durchführen, wenn die Arbeitszeit um den Anteil des gesamtwirtschaftlichen Anstiegs des Preisniveaus und der Produktivität verkürzt würde. Dies ist aber nicht sinnvoll, da nur eine schnelle Einführung der 35-Stunden-Woche einen hohen Beschäftigungseffekt hat. So ergibt aber eine Studie der IG Metall, daß bei sofortiger Einführung der 35-Stunden-Woche und Berücksichtigung des Anstiegs des Preisniveaus und der Produktivität sowie bei Berücksichtigung eines Sickerungsverlustes von 50 %, daß dies eine umgerechnete Lohnerhöhung von 6,5 % ergeben würde. Die von Arbeitgeberseite vorgetragene Prozentzahl von ca. 18 erweist sich als Irreführung der Bevölkerung und ist unseriös. Rechnet man hier noch die Reallohnverluste der Lohnabhängigen in den letzten drei Jahren hinzu, bei weiter steigenden Unternehmergewinnen, so zeigt sich deutlich, daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sehr wohl zu finanzieren ist.

Bei der Behauptung von der Arbeitgeberseite, die 35-Stunden-Woche wäre betrieblich nicht umsetzbar, werden im wesentlichen zwei Argumente gebraucht: Eines davon ist das Problem des Facharbeitermangels, das sich verschärfen würde. Dieses Argument ist schon längst überholt und ist angesichts der Arbeitslosenzahlen in allen Berufsgruppen auch nicht haltbar.

So ergab eine Umfrage des Ifo-Institutes bei Unternehmen im Oktober 1982 einen Prozentsatz von 0 bei der Frage nach Arbeitskräftemangel. Das zweite Argument von Arbeitgeberseite ist, daß wegen des starren Einsatzverhältnisses von Sachkapital und Arbeitskraft mögliche Beschäftigungseffekte überhaupt nicht zur Entfaltung kommen. Ein beliebtes Beispiel hierfür:

"Der Bäcker von nebenan beschäftigt zwei Gesellen. Hier würden nur zehn Arbeitsstunden ausfallen. Dies würde die Einstellung eines neuen Mitarbeiters nicht rechtfertigen. Außerdem könnten in der Backstube schon aus Platzgründen nur maximal der Meister und zwei Gesellen arbeiten."

Nach einer Veröffentlichung des Instituts der Deutschen Wirtschaft sollen solche Einsatzverhältnisse für die ganze Industrie und mindestens für die Hälfte aller Arbeitsplätze gelten. Die Vertreter dieser Position – die ja wohl engagierte Vertreter der Marktwirtschaft sind – müßte das blanke Entsetzen packen, wenn sie an die Zukunft der deutschen Wirtschaft denken. Was würde denn passieren, wenn der so laut propagierte Aufschwung eine Nachfrage entwickelt, die nicht genau der jeweils gültigen Wochenarbeitszeit einer Arbeitskraft entspricht. Die Realität wird wohl anders sein, der Bäcker aus dem Beispiel wird woanders Brötchen hinzukaufen (und an dieser Stelle wird der Beschäftigungseffekt wirken) oder die Kunden werden zu einem anderen Bäcker gehen, bei dem sie genügend Brötchen erhalten. In anderen Betrieben wird es zusammen mit den sonst regelmäßigen Überstunden zu einem vollwertigen Arbeitsplatz ausreichen, und z. B. in einem Großbetrieb wird ein Springer jeweils fünf Stunden an verschiedenen Arbeitsplätzen sein.

Deshalb: Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

"Solidarisch gegen Jugendpresse-Zensur"

Die Jungdemokraten wenden sich gegen den undemokratischen Zensuralltag westdeutscher Schüler- und Jugendzeitungen.

Der freche und unausgewogene Stil der nicht-kommerziellen Jugendpresse, der parteiisch die Interessen der Jugendlichen vertritt, war den Mächtigen der bundesdeutschen Gesellschaft schon immer unbequem. Vertriebsverbote, Anzeigenboykotte und Druck der schulischen Erzieher sollen den Jugendzeitungen einen Maulkorb verpassen. Nach der Bonner Wende schöpfen die alten Zensoren nun neue Kräfte, die Gangart wird härter. Der neue Trend in der Jugendpresse-Zensur heißt "Kriminalisierung". Eine Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Junge Presse NW deckte elf Strafanzeigen gegen jugendeigene Zeitschriften auf. Die Jungdemokraten werden gegenüber den betroffenen Zensuropfern und ihren Interessenvertretungen, der Deutschen Jugendpresse mit ihren Landesarbeitsgemeinschaften, konkrete Solidarität zeigen.

1. Die Schülerzeitung "Wir im Püree" aus Langenfeld hat im Dezember 1982 den Krippenspiel-Text der West-Berliner Kabarett-Gruppe "Die 3 Tornados" veröffentlicht. Demnächst wird den jungen Zeitungsmachern wegen eines Verstoßes gegen § 166 StGB (Religionsbeschimpfung) vor dem Jugendschöffengericht der Prozeß gemacht. Der Landesvorstand der AG Junge Presse NW, der den Fall samt Krippenspiel-Text in seiner Verbandszeitung dokumentiert hatte, hat Selbstanzeige gestellt. Der Landesvorstand der Jungdemokraten wird aufgefordert, als Mitherausgeber auf einen Solidaritätsbeitrag samt Krippenspiel-Text in der nächstmöglichen Ausgabe von "tendenz" hinzuwirken. Im Frühjahr soll "tendenz" geschlossen mit anderen jugendeigenen Zeitschriften Selbstanzeige wegen "Religionsbeschimpfung" stellen. Die Jungdemokraten fordern befreundete Zeitungen, insbesondere die "Liberalen Drucksachen", auf, in gleicher Weise Solidarität zu zeigen.

2. Die Deutsche Jugendpresse hat einen Anti-Zensur-Fond zur Unterstützung von Jugendzeitungen eingerichtet, die Opfer von Zensurmaßnahmen wurden und in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Die Jungdemokraten unterstützen den Fond und werden der Deutschen Jugendpresse eine Spende überweisen.

3. Die Deutsche Jugendpresse hat eine Initiative gestartet: "Junge Zeitungsschreiber rufen auf, wir wollen für den Frieden schreiben!". Mit einer Selbstverpflichtungserklärung sollen sich Jugendpresseredakteure zur Friedensbewegung bekennen und mit Kollegen etablierter Medien, die sich nicht in die Raketen-Propaganda der Regierung einspannen lassen wollen, solidarisch zeigen. Die Jungdemokraten werden die Friedensinitiative der Deutschen Jugendpresse unterstützen.

4. Die Arbeitsgemeinschaft Junge Presse NW und die Deutsche Jugendpresse leisten als landes- bzw. bundesweite Dachverbände der nicht-kommerziellen Jugendzeitungen einen wichtigen Beitrag gegen die Zensur der Jugendpresse. Die Jungdemokraten unterstützen die Selbstorganisationen der Jugendpresse und intensivieren die Zusammenarbeit mit AGJPNW und DJP.

5. Eine unzensurierte Jugendpresse ist nicht nur für die Pressefreiheit von Bedeutung. Vor allem Schülerzeitungen bieten Jugendlichen Möglichkeiten des demokratischen Engagements und befähigen junge Menschen, schon frühzeitig die Rechte des "mündigen Staatsbürger" – Freiheit der Meinung, Rede und Presse, Vertretung der Individualinteressen gegenüber der Obrigkeit – durch Inanspruchnahme zu erlernen.

Doch gerade Schülerzeitungsredakteure müssen immer wieder "legale" Zensurmaßnahmen der Schule erfahren. Die Jungdemokraten fordern die Kultusminister auf, den "demokratischen Schülerzeitungserlaß" der Deutschen Jugendpresse zu verabschieden:

- Kein Schulleiter soll länger das Recht haben, den Vertrieb einer Schülerzeitung auf dem Schulgelände zu verbieten oder gar Vorzensur zu üben!
- Schülerzeitungen sollen durch öffentliche Gelder gefördert werden, um die Zeitungsmacher von der Gunst der Anzeigenkunden unabhängig zu machen!

Jungdemokraten für positive Diskriminierung

Der Landesvorstand der DJD wird aufgefordert, dem Militärischen Abschirmdienst die Namen und Anschriften der Landesvorstandsmitglieder mitzuteilen und den MAD aufzufordern, diese Daten in seine Kartei der Personen aufzunehmen, die im Verdacht der "Wehrkraftzersetzung" (WDR-Nachrichten, 22.01.) stehen, sofern solches bisher noch nicht geschehen ist.

Perspektiven der Friedensbewegung

Der gemeinsame Nenner aller tragenden Gruppen und Bürger — der Widerstand gegen Pershing II und Cruise Missiles — hat die Friedensbewegung erst zu ihrer heutigen Stärke gebracht. Hätte es die ausschließliche Fixierung auf die "Nachrüstung" nicht gegeben, würde noch immer Sicherheitspolitik politisches Eigentum weniger Militärstrategen sein, wären Millionen Bürger nicht zur persönlichen Auseinandersetzung mit der alltäglichen Bedrohung des Atomtods gezwungen worden.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Rechtsparteien haben vor kurzem, allen Protesten und Argumenten der Friedensbewegung zum Trotz, den Vollzug des NATO-Raketenbeschlusses von 1979 beschlossen. Soll dieser Erfolg der Aufrüster zum Pyrrhus-Sieg werden, muß sich die Bewegung vorsichtig vom Problem der Mittelstreckenraketen lösen. Der Minimalkonsens muß fortentwickelt werden, damit die Friedensbewegung nicht in der Ohnmacht der Bürger versandet.

Die Jungdemokraten werden auch weiterhin folgende Forderungen in die Meinungsbildung der Friedensbewegung einbringen:

- Für eine Internationalisierung der Friedensbewegung und Solidarität mit friedensengagierten Bürgern anderer Länder, insbesondere der staatsunabhängigen Friedensbewegung der DDR und Friedensgruppen anderer Ostblock-Staaten sowie der Friedensbewegung in den USA und Westeuropa
- Für eine Abkehr von der Gleichgewichtsdoktrin der atomaren Abschreckung und die Bereitschaft zu kalkulierten einseitigen Abrüstungsvorleistungen
- Für eine allgemeine Ächtung biologischer und chemischer Massenvernichtungsmittel
- Für ein "Freeze", einen atomaren Rüstungsstopp
- Für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa nach dem Palme-Vorschlag als ersten Schritt für ein atomwaffenfreies Mitteleuropa
- Für ein Verbot des Rüstungsexportes

— Für Rüstungskonversion in der Wirtschaft

— Für das uneingeschränkte KDV-Recht in Ost und West

— Verbreiten und genaues Darlegen des Airland-Battle-Konzeptes der US-Regierung

Die Friedensbewegung wird nur erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, das Bewußtsein der Menschen für die Gefährdung durch Massenvernichtungsmittel zu schärfen. Die Zukunft der Bewegung liegt in der dezentralen Aufklärungsarbeit der Initiativen. Der Bonner Koordinationsausschuß dient nach der erfolgreichen Organisation der Widerstandswoche nur noch der medienwirksamen Multiplikation der Konflikte weniger Spitzenpolitiker und der beiden Parteien SPD und Grüne. Der Ausschuß sollte daher bis auf weiteres aufgelöst werden. An seine Stelle sollte ein Büro mit eng beschränkten Aufgaben (Versand von Materialien, Herausgabe eines Info-Rundbriefes, telefonische Informationen) treten.

Der Landesvorstand setzt sich für die Zusammenarbeit mit den Liberalen Demokraten ein.

Die LD sind im gegenwärtigen Parteienspektrum die einzige Partei, die sich dem sozialen Liberalismus sowohl programmatisch als auch in der praktischen Arbeit (s. Aktivitäten zur Volksbefragung und zum fälschungssicheren Personalausweis) verpflichtet hat und somit ein natürlicher Bündnispartner der DJD.

Verkehrsverbund Rhein-Ruhr

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr wird aufgefordert, alle ihm zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um das Leistungsangebot im öffentlichen Personen-Nahverkehr (öPNV) nicht weiter einzuschränken. Stattdessen werden Bund, Länder und Kommunen aufgefordert, den öPNV in einem Maße zu fördern, daß seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Individualverkehr und privaten Verkehrsunternehmen nicht beeinträchtigt wird.

Bisher wurde bei der Bewertung des Nutzens des öPNV lediglich das Kostendeckungsprinzip als entscheidender Maßstab berücksichtigt. Fest steht jedoch, daß der öPNV darüberhinaus ein wichtiger Faktor in verkehrs-, beschäftigungs-, umwelt- und energiepolitischer Hinsicht ist.

In den Innenstädten hat die Belastung durch den Individualverkehr längst ein erträgliches Maß überschritten. Zur Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse in den Innenstädten ist eine Verkehrsberuhigung dringend erforderlich. Durch die mit dem Ausbau des Leistungsangebotes des öPNV verbundene Abnahme des Individualverkehrs erhöht dabei die Verkehrssicherheit. Durch den Abbau von Abgas- und Lärmemissionen wird zur Verbesserung der Gesundheit beigetragen.

Ein Ausbau des Leistungsangebotes sichert gleichzeitig die Mobilität der Bürger. Die Vielzahl der Arbeitnehmer ist zur Erreichung des Arbeitsplatzes täglich auf die Benutzung von Verkehrsmitteln angewiesen. Diese Arbeitnehmer können dann auf die Benutzung privater Fahrzeuge – aus Gründen der Bequemlichkeit und der Kostenersparnis – verzichten. Dies gilt in geringerem Maße auch für den Naherholungs- und Einkaufsverkehr.

Bei einer verstärkten Benutzung des öPNV wird folglich auch der Energieverbrauch erheblich eingeschränkt.

Ein Leistungsabbau im öPNV hat unweigerlich auch eine Vernichtung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst zur Folge. Die gewünschte Kostenersparnis bedeutet für die Beschäftigten eine unzumutbare Erhöhung des Leistungsdrucks. Beides kann im Interesse der Beschäftigten und der Fahrgäste nicht akzeptiert werden.

Auch eine Privatisierung von Leistungen und Unternehmen im öPNV kann nicht hingenommen werden. Das Prinzip einer auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmten Verkehrsbedienung darf nicht durch eine lediglich auf Wirtschaftlichkeitserwägungen ausgerichtete Verkehrsplanung werden.

Hiermit würde der Grundgedanke jeglichen öffentlichen Handelns angegriffen.

Kein Drei-Groschen-Tarif in Fernsprechzellen

Die Jungdemokraten protestieren gegen die Pläne des Bundespostministers Schwarz-Schilling, ab Sommer 1984 die Gebühreneinheit bei öffentlichen Münzfernsprechern um 50 % zu erhöhen. Nach der völligen Streichung des 'Mondscheintarifes' im Frühjahr 1980 will die Post nun erneut eine Dienstleistung verteuern, die in erster Linie die "kleinen Leute" belastet und an Beutelschneiderei erinnert.

Der Begründung des Postministers, mit den Mehreinnahmen sollten die Reparaturkosten für Zerstörungen an Fernsprechzellen abgedeckt werden, für die jährlich Millionenbeträge erforderlich seien, halten wir entgegen, daß die Post im Fernmeldebereich – infolge weitestgehender Automatisierung – sehr hohe Überschüsse erwirtschaftet. Mit diesen Gewinnen werden nicht nur die Defizite aus anderen Bereichen (z. B. der Paketpost) voll abgedeckt, sondern darüber hinaus werden weitere Erlöse der Post an den Bundeshaushalt abgeführt.

Offenbar will der Postminister mit den höheren Gebühren, die vor allem einkommensschwächere Bevölkerungskreise (die sich vielfach kein eigenes Telefon leisten können) belastet werden, zusätzliche Geldmittel erschließen, um seine kostenspieligen Vorhaben zur Breitbandverkabelung der Bundesrepublik abzusichern, weil die Bevölkerung bisher nicht genügend "Anschlußwillen" zeigt und die erhofften Gebühren-Mehreinnahmen nicht zu zahlen bereit ist.

JUNGDEMOKRATEN AKTIV GEGEN APARTHEID

Wir unterstützen ein Projekt des "African National Congress", ANC

1. In Südafrika herrscht Krieg

Das rassistische Minderheitsregime in Südafrika führt Krieg: Tagtägliche Aggressionen gegen das eigene Volk im Innern und gegen seine Nachbarvölker, vor allem die "Frontstaaten" Angola, Mocambique und Zimbabwe. Es führt Krieg gegen das Volk Namibias, dessen Territorium illegal besetzt gehalten wird.

Dieser Krieg fordert Tote, Verletzte, Verstümmelte. Er ruft Zerstörung, Vertreibung, Not und großes menschliches Leid hervor und stellt eine akute Bedrohung des gesamten Weltfriedens dar. Jeder Protest wird vom Rassistensregime mit brutaler Gewalt unterdrückt.

Fünfzig Jahre lang haben die Organisationen der unterdrückten Bevölkerungs-mehrheit Südafrikas versucht, mit gewaltfreien Aktionen, Streiks, Boykotts, Demonstrationen usw. den Terror zu bekämpfen; jedoch ohne Erfolg. Im Gegenteil, mit immer perfekteren Gesetzen wurde die Unterdrückung noch verschärft.

Dem ANC als wichtigste Organisation der südafrikanischen Bevölkerung blieb keine Wahl mehr. Um zu zeigen, daß das südafrikanische Volk nicht bereit ist, sich wehrlos dem Terror der Rassisten auszuliefern, mußte es auch den "bewaffneten Kampf" aufnehmen.

Über Jahrhunderte wurden die unermesslichen Reichtümer Südafrikas ausgebeutet, um – bis heute – den Reichtum einiger weniger zu vermehren. Allein zu diesem Zweck wurde das System der Apartheid geschaffen. Seine Nutznießer schrecken vor keinem Verbrechen und keiner Gewalt zurück, um ihre Privilegien

zu wahren. Ohne Beseitigung dieses Systems wird es in Südafrika und in der Welt keinen wirklichen Frieden – der im Verständnis der Jungdemokraten mehr bedeutet als die "Abwesenheit von Krieg" – geben. Deshalb ist der Befreiungskampf des südafrikanischen Volkes nicht nur ein Kampf gegen die Apartheid, sondern auch ein Kampf gegen die Bedrohung des Weltfriedens.

2. Apartheid – Krieg gegen das eigene Volk

In den Bantustans (=vom Regime geschaffene "Homelands", denen jede eigene Lebensfähigkeit fehlt), in den Gold- und Uranminen, unter den Kugeln und in den Verhörzimmern der Polizei und an den Galgen sterben jährlich Tausende von Menschen. Der zu lebenslänglicher Haft verurteilte ANC-Präsident Nelson Mandela, nach über zwanzig Jahren Haft noch immer der populärste südafrikanische Politiker, schrieb dazu: "Apartheid ist die Macht des Gewehrs und des Henkers." Sie ist eine Strategie des totalen Krieges gegen das eigene Volk, des Völkermords.

Selbst vor Massakern gegen wehrlose Schulkinder, Frauen, friedliche Demonstranten schrecken die Rassisten nicht zurück. 1960 wurden in Sharpeville 79 Menschen ermordet. 1976 fielen in Soweto 1000 Menschen den Polizeikugeln zum Opfer, Tausende wurden verletzt und verstümmelt. Politische Gegner des Regimes, wie Nelson Mandela, werden zu Tausenden in KZ-ähnlichen Lagern gefangengehalten. Hunderte werden heimlich ermordet oder nach politischen Schauprozessen hingerichtet. In den Gefängnissen ist die Folter alltäglich. So wurde z. B. 1977 das Mitglied der "Bewegung des Schwarzen

Bewußtseins" (Black Consciousness Movement) Steve Biko im Gefängnis zu Tode gefoltert. Das ANC-Mitglied Solomon Mahlangu wurde in einem zweifelhaften Prozeß trotz internationaler Proteste zum Tode verurteilt und gehängt. Auch Weiße sind von diesem Terror betroffen, wie z. B. der Gewerkschafter Neil Aggett, der 1982 in seiner Zelle ermordet wurde.

Auch im Ausland verfolgen die Rassisten ihre politischen Gegner. Im März 1982 wurde das Londoner ANC-Büro durch einen Sprengstoffanschlag zerstört. In Matola (Mocambique) wurden acht ANC-Mitglieder von einem südafrikanischen Terrorkommando ermordet. Die international bekannte Wissenschaftlerin Ruth First starb in Maputo durch eine Briefbombe. Südafrika hält den "Weltrekord" in Todesurteilen (1980: 194).

Zu den Opfern der Gewalt gehören aber auch all jene, die infolge unzureichender Ernährung und medizinischer Versorgung sterben müssen, vor allem Kinder. Während die Weißen Südafrikas den höchsten Lebensstandard der Welt genießen und über ein hervorragendes Gesundheitssystem verfügen (z. B. die ersten Herztransplantationen durch Christian Barnard), stirbt in den Bantustans jedes zweite Kind vor dem fünften Lebensjahr. Von 1000 schwarzen Kindern sterben 378 vor dem ersten Geburtstag. Ungezählt sind die Opfer von Arbeitsunfällen, Unterernährung, TBC und anderen Seuchen. Von 1936 bis 1980 starben 25.000 Arbeiter in den Gold- und anderen Bergwerken (pro Arbeitsschicht drei Tote!). Auf einen Arzt kommen 45.000 Schwarze, in den Bantustans sogar 130.000. Täglich sterben zehn Menschen an Tuberkulose. In der Region Nordost-Transvaal starben innerhalb von zehn Wochen 770 Kinder an Mäslern.

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Schwarzen beträgt 30 Jahre.

3. Apartheid heißt Vertreibung

So, wie der Krieg Menschen obdachlos macht und aus ihrer Heimat vertreibt, so hat die Apartheid Millionen Südafrikaner entwurzelt. Wenn die Schwarzen in der "weißen" Gebieten nicht als Arbeitskräfte benötigt werden, werden sie in die Bantustans abgeschoben. Diese Gebiete machen nur 13 % der Gesamtfläche Südafrikas aus. Nur dort sollten die Schwarzen (70 %) Wohnrecht erhalten. Fast drei Millionen Menschen sind schon zwangsumgesiedelt worden, vor allem Witwen, Rentner und Arbeitslose aller Altersstufen.

4. Apartheid heißt ständiger Ausnahmezustand

Die Gesetzgebung der Apartheid umfaßt alle Lebensbereiche: Wirtschaft, Politik, Kultur, Bildung, Sozialsystem, ja selbst das Intimleben der Menschen. Diesem Ausnahmezustand ist die nicht-weiße Bevölkerung nun schon seit Jahrzehnten unterworfen.

Bürgerrechte wie z. B. das Wahlrecht, Arbeitsrecht, das Recht auf Freizug, das Recht, nicht einmal an dem Wahlrecht teilzunehmen, sind verweigert. Die Justiz verfügt über ausgedehnte Befugnisse.

Hervorzuheben sind hier die verabschiedeten "Paßgesetze". Alle Schwarzen über 16 müssen zu jeder Zeit einen Paß bei sich tragen. Täglich werden 1500 aufgrund dieser Gesetze verhaftet. Mitte 1978 waren 286.000 aufgrund entsprechender Gerichtsurteile in Haft, weitere 246.000 warteten im Gefängnis auf die Gerichtsverhandlung, insgesamt also über eine halbe Million Menschen.

Das Ehegesetz verbietet Ehe und Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und "Nicht-Weißen".

Das System der "kleinen Apartheid", d. h. Rassentrennung in allen Alltagsbereichen, in Zügen, Bussen, Restaurants, Hotels, Kinos, Toiletten, auf Stränden

Sportplätzen, Parkbänken, zeugt von einzigartiger Menschenverachtung. Es ist nur noch mit den Rassengesetzen der Nazis zu vergleichen. Dementsprechend haben die Vereinten Nationen die Apartheid – so, wie die Nazi-Barbarei – als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" gebrandmarkt und in einer internationalen Konvention völkerrechtlich geächtet.

Die Südafrikaner leben in einem ständigen Kriegerrecht. Ihr Befreiungskampf ist auch ein Kampf für den Frieden.

5. Apartheid heißt Krieg gegen die Nachbarvölker

Apartheid heißt auch ständige Aggression gegen die angrenzenden Staaten. Seit 1949 hält Südafrika Namibia völkerrechtswidrig besetzt und zwingt ihm sein rassistisches System auf. Es führt einen blutigen Kolonialkrieg gegen die namibianische Befreiungsbewegung SWAPO.

Der Vernichtungskrieg wird immer wieder auch auf das Territorium Angolas getragen. Blutbäder unter der Zivilbevölkerung (z. B. Kassinga 1978: 600 Tote) sind an der Tagesordnung. Weite Landstriche Südafrikas werden ständig besetzt gehalten.

Mocambique, Zimbabwe und Sambia sind ebenfalls Opfer ständiger militärischer Übergriffe. Weihnachten 1982 wurde Lesotho überfallen.

Die Aggressivität Südafrikas kostet diese wirtschaftlich schwachen Länder hohe Opfer an Menschen und materiellen Werten. Sie ist ein ständiges Brechen des Friedens und der Sicherheit in der gesamten Region. Zur Durchführung dieser Politik verfügt das Rassistenregime über das stärkste und bestausgerüstete Militär des Kontinents. Bereits 1965 hatte Südafrika 127 Lizenzen für Waffensysteme erworben. Es ist der größte Waffenproduzent der südlichen Hemisphäre und in der Lage, moderne Kampfflugzeuge, Panzerfahrzeuge und Teile von Kriegsschiffen selbst zu

produzieren. Die Militärausgaben stiegen von 44 Millionen Rand 1960 auf 3,2 Milliarden Rand (= 8 Mrd. DM) 1982. 1960 standen 11.500 Mann unter Waffen, heute 250.000. Alle weißen Männer zwischen 18 und 55 Jahren können zum Kriegsdienst eingezogen werden. Zunehmend werden auch Schwarze eingezogen. Inzwischen sind auch Eliteeinheiten gebildet worden, deren Aufgabe die Durchführung von Terrorkommandos in den Nachbarländern ist.

Diese Bedrohung zwingt die unterentwickelten Nachbarstaaten Südafrikas ebenfalls zu erheblichen Rüstungsausgaben, die ihre Entwicklungsprobleme noch verstärken. Hunger, Elend und Bildungsprobleme können nur bewältigt werden, wenn das Potential an menschlicher Schöpferkraft und natürlicher Ressourcen, das in Militär und Rüstung vergeudet wird, stattdessen zur Überwindung der Unterentwicklung eingesetzt wird. Die Befreiungsbewegungen des südlichen Afrikas betonen hier selbst eine vitale Interessenübereinstimmung mit den Nachbarländern, mit der gesamten Dritten Welt und mit den Friedensbewegungen Europas und Nordamerikas.

6. NATO (inklusive BRD) an der Seite der Rassisten

Die Aggressionspolitik Südafrikas ist nur durch die massive Unterstützung von außen möglich. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die BRD unterstützen es mit umfangreichen Waffenlieferungen und mit der Überlassung moderner Kriegstechnologien, die das Regime nutzt, um eine immer stärkere militärtechnische Selbständigkeit aufzubauen. Südafrika ist an das Aufklärungs- und Radarsystem der NATO im Südatlantik und im Indischen Ozean angeschlossen. Mehrere Seemanöver wurden gemeinsam von NATO-Staaten und Südafrika durchgeführt. Immer wieder wird von beiden Seiten die Diskus-

sion über einen "Südatlantik-Pakt" (SATO) angeheizt. Mit besonderem Entsetzen mußte die Weltöffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, daß das Rassistenregime die Technologie zum Bau von Atombomben besitzt. Die atomare Erpressung soll die Nachbarstaaten gefügig machen und das eigene Volk in Schach halten. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Gefahr hat die BRD (mit sozialliberaler Regierung!) geleistet. Sie lieferte technisches Know-how und hochspezialisierte Aggregate und Anlagen.

Wir haben ein gemeinsames Interesse mit dem südafrikanischen Volk, daß dieser Kriegsherd nicht die ganze Welt entzündet. Wir müssen uns gemeinsam mit den Befreiungsbewegungen gegen die Zusammenarbeit von NATO und Südafrika wenden und gemeinsam versuchen, Rüstungsexporte nach Südafrika zu verhindern.

7. Wirtschaftliche Hintergründe und Ursachen des Gewalt

Südafrika ist das reichste Land Afrikas. Die durchschnittliche Profitrate ausländischer Investitionen beträgt im Jahr 22 %, die höchste der Welt. Südafrika hält einen Anteil von 40 % der Industrieproduktion Afrikas, 40 % aller Mineralien und 80 % der Kohle des Kontinents werden dort gefördert. 60 % der Elektroenergie und 80 % des Stahls werden dort produziert.

Da kann es nicht überraschen, daß das südafrikanische Kapital eng mit dem internationalen Kapital, vor allem aus Großbritannien, der BRD, USA und Frankreich, verbunden ist. 80 % der Industrieproduktion befinden sich in Händen des ausländischen Kapitals (sehr viel über Firmenanteile). Die direkten ausländischen Investitionen stiegen von 2,7 Mrd. Rand (1963) auf 11,5 Mrd. Rand (1977). Genauso wird natürlich Kapital auch wieder exportiert (man nimmt die Gewinne wieder mit).

Die Bodenschätze Südafrikas zählen zu den größten der Welt. Südafrika ist in der Produktion von Gold und Platin jeweils Weltspitzenreiter, bei Chrom, Mangan, Antimon und Lithium an zweiter Stelle. Außerdem verfügt es über die größten bisher bekannten Uranvorkommen (überwiegend illegal, weil in Namibia gelegen).

Diese Zusammenhänge erklären (hier nur ganz kurz), warum weder das Rassistenregime noch die westlichen Industriestaaten (trotz aller UNO-Resolutionen) ein Interesse an der Beseitigung des Apartheidsystems haben.

8. Friedensbewegung und Befreiungskampf

Der ANC in Südafrika hat eine lange Tradition des gewaltfreien Widerstandes. Jahrzehntlang hat er ausschließlich friedliche, gewaltfreie Aktionen initiiert. Ihm ist für diese Auseinandersetzungsform sogar eine Pionierrolle zuzuordnen.

Es war u. a. Mahatma Gandhi, der von 1893 - 1914 in Südafrika lebte, der sich dort gegen die Diskriminierung der Inder in Südafrika mit seinen Ideen und Aktionen zur Wehr setzte. Ebenso lehnte auch der ANC seit seiner Gründung 1912 bis 1960 jede Form bewaffneter Gewalt ab. Er beschränkte sich auf Petitionen, friedliche Demonstrationen, Boykotts und Aktionen zivilen Ungehorsams. U. a. wurde 1931 ein passiver Widerstand gegen die Paßgesetze organisiert und 1947 ein Boykott pseudodemokratischer Wahlen durchgeführt. 1950 lähmte ein Generalstreik hunderttausender Schwarzer ("Stay-at-home-Kampagne") das Leben der Rassistenrepublik. Im April 1952 war die "defiance campagne", das kalkulierte Regelverletzen von Rassentrennungsvorschriften im Bereich der "kleinen Apartheid", ein Höhepunkt der gewaltfreien Aktivitäten. Weitere Beispiele: Ein Bus-Boykott 1956 und die Anti-Paß-Kampagne 1960, bei der tausende Schwarze ihre

masse öffentlich zerrissen.

1961 erhielt der damalige Präsident des ANC, Albert Luthuli, den Friedensnobelpreis für seine Verdienste.

Eine nüchterne Analyse des ANC über die Ergebnisse dieses Kampfes führte allerdings zu dem Schluß, daß so gut wie nichts erreicht worden war. Im Gegenteil, der Unterdrückungsapparat des Apartheidsystems wurde immer weiter perfektioniert. Führende Persönlichkeiten des ANC wurden inhaftiert, ihre Organisation wurde verboten.

Darum entschloß sich der ANC zu Beginn der 60er Jahre, nach der Illegalisierung, zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes und zur Gründung seines bewaffneten Armes "Umkonkho We Sizwe" ("Speer der Nation"). Er versteht dies ausdrücklich nur als Teil seiner Gesamtstrategie, auch heute sind ANC-Mitglieder an der Organisation von Streiks, Boykottaktionen usw. innerhalb des Landes beteiligt. Der lange Weg zur Freiheit soll damit verkürzt, die Zahl der Opfer verringert werden. Dies ist auch eine Konsequenz der Erfahrungen in Mocambique, Angola und Zimbabwe. Würde auf den Widerstand mit Waffen völlig verzichtet, würde das zur Verewigung eines Systems von Massenmord, Terror, Unterdrückung und Verelendung führen.

Es ist also kein militaristischer Trieb, wenn der ANC heute bewaffnete Aktionen und Sabotageaktionen durchführt. Dabei wurde immer darauf geachtet, den Schaden für das System möglichst groß zu gestalten (militärische Sicherheitsobjekte, strategisch wichtige Kraftwerke, nahezu perfekt bewachte Ministerien und Behörden), die Zahl der Menschenopfer aber so klein wie möglich zu halten. In dem Kriegszustand, wie er vom Rassistenregime diktiert wurde und wird, sind sie auf Dauer jedoch nicht zu verhindern.

Angesichts des offen terroristischen Charakters des Apartheid-Regimes ist der

Einsatz auch von bewaffneter Gewalt zur Verteidigung der unschuldigen Opfer nicht nur völkerrechtlich legal (vgl. auch Art. 20 GG) und politisch notwendig, sondern auch moralisch zu rechtfertigen.

Die Jungdemokraten haben Verständnis für diese Haltung des ANC. Wir wollen Henker und Opfer nicht auf eine Stufe stellen, die kalt berechnende Aggressivität und perfekte Militärmaschinerie mit dem Aufstand eines unterdrückten Volkes.

Diese Bedingungen der Auseinandersetzung sind deutlich zu unterscheiden von unserem Kampf gegen Aufrüstung in Europa. Während Gewaltfreiheit, ziviler Ungehorsam und Widerstand hier eine ganz zentrale Rolle spielen müssen, sind sie im südlichen Afrika schon zu Beginn der 60er Jahre ans Ende ihrer Möglichkeiten geraten. Auch ist die Sache, die zu bekämpfen ist, sehr unterschiedlich: Während wir hier gegen die Ermöglichung des Völkermordes kämpfen müssen, wird er im südlichen Afrika schon praktiziert.

Darum sehen wir allerdings auch einen Zusammenhang zwischen der Friedensbewegung hier und dem Befreiungskampf im südlichen Afrika: Ziel ist eine Welt ohne Waffen und ohne Gewalt.

9. Jungdemokraten unterstützen ANC-Projekt "Obstbäume für südafrikanische Flüchtlinge"

Angesichts der wachsenden Brutalität des Rassistenregimes ist der Zustrom von Flüchtlingen in die Lager des ANC in Tansania und Sambia ein dauerhaftes Problem. Dort unterhält der ANC Schul- und Farmprojekte zur Selbstversorgung dieser Apartheidopfer. In diesen Projekten soll mit der Anlage von Obstgärten begonnen werden. Sie sind vor allem für eine vitaminreichere Ernährung der Kinder lebenswichtig. Der Bau einer kleinen Konservenfabrik ist geplant, um die Obstversorgung das ganze Jahr über sicherzustellen. (Jeder Obstbaum kostet etwa 5,- DM.)

Die Jungdemokraten werden die diesbezügliche Spendenaktion des ANC unterstützen. Dabei geht es auch sehr wesentlich – aber nicht nur – um materielle Solidarität. Ebenso notwendig ist es, durch Informationsveranstaltungen und Aktionen Druck gegen die Komplizenschaft der BRD, der NATO u. a. mit dem Rassistenregime zu organisieren.

African National Congress (South Africa)

Postfach 190140 · 5300 Bonn 1

02. Dezember 1983

Liebe Freunde,

zunächst vielen Dank für Eure Einladung zur Landesdelegiertenkonferenz am 21./22. Januar 1984 in Düsseldorf.

Liebe Freunde,

dies soll gleichzeitig ein Appell an Euch sein für weitere politische und materielle Unterstützung:

Die "Reform"farce von Ministerpräsident Botha ist nicht, wie glauben gemacht werden soll, ein erster Schritt zur Abschaffung der menschenverachtenden Apartheid-Politik, sondern die soundsovielte Maßnahme zu ihrer Festigung. Die Mehrheit der Südafrikaner, die Schwarzen, sollen in sogenannte "Homelands" abgeschoben werden, die sie nur zur Arbeit in den sogenannten "weißen Gebieten" verlassen dürfen. Sie werden zu Ausländern im eigenen Land erklärt. Ihr Schicksal außerhalb der Zeit der Erwerbstätigkeit fällt nicht in die Zuständigkeit Südafrikas, wie kürzlich der Gesundheitsminister im südafrikanischen Parlament im Zusammenhang mit der hohen Sterblichkeitsziffer in den "Homelands" erklärte. Wirklich bedeutend für das politische System der Apartheid und ihr ökonomisches Ziel – die Überausbeutung billiger schwarzer Arbeitskräfte – ist aber gerade diese sogenannte große Apartheid, d. h. die Verbannung der Bevölkerungsmehrheit in besondere Gebiete, von wo sie als billige Arbeitskraft angefordert werden kann. Da sie Staatsbürger ihres jeweiligen "Homelands" sind, werden den Schwarzen gleichzeitig auch alle politischen Rechte in Südafrika bestritten.

Angeichts der wachsenden Brutalität des Regimes von Südafrika selbst und der Marionettenregierungen der "Homelands" ist der Zustrom von weiteren Flüchtlingen in unsere Projekte kein zeitweiliges Problem, sondern wird solange dauern, wie das Apartheid-System selbst weiterexistiert.

Um denen zu helfen, die vor dem südafrikanischen System und seinen Marionetten fliehen, unterhält der ANC in Tansania und Sambia Schul- und Farmprojekte zur Selbstversorgung und Ausbildung dieser Apartheid-Opfer, die in immer größerer Zahl ins Ausland gehen müssen, so daß unsere Projekte zu klein werden. Eines dieser Projekte ist das Schul- und Farmprojekt "Solomon-Mahlangu-Freedom-College" (SOMAFCO) in Morogoro/Tansania.

Dort ist trotz vieler Schwierigkeiten der Aufbau der Farm und kleiner Handwerksbetriebe gut vorangeschritten. Besonders erfolgreich waren wir beim Anbau von Mais, Sojabohnen, Sonnenblumen und Gemüse und in der Produktion von Schweinen und Geflügel. Gerade haben wir mit dem Ankauf von Vieh begonnen, und zu diesem Zweck haben wir die Errichtung von Ställen, Silos, Desinfektionsanlagen und Zäunen beendet. Wir wollen Viehherden zur regelmäßigen Versorgung unserer Leute mit Milch und Fleisch aufbauen.

Unser zweiter großer Komplex in Tansania ist das Dakawa-Projekt – 70 Kilometer von Morogoro entfernt. Hier wollen wir vorgefertigte Häuser, eine Berufsschule und andere Farmgebäude im kommenden Jahr errichten. Obwohl einige Notunterkünfte bereits fertig sind, muß die Mehrheit noch in Zelten wohnen. Diese Leute arbeiten am Aufbau der Häuser, der Landwirtschaft und besonders an der Sicherstellung der Wasserversorgung. Obwohl der Landwirtschaftsbetrieb bereits in diesem Jahr begann, können wir uns erst jetzt an die Wasserversorgung machen. Da es in der Nähe keinen Fluß gibt, sind wir für Trinkwasser und Bewässerung auf Grundwasser angewiesen. Ein großer Generator und eine Pumpe werden installiert, so daß wir Strom für diese Pumpen und für weiteren Bedarf (Haushalt, Werkstätten) erhalten. Unsere Schüler haben bereits vier Kilometer Gräben gezogen, und zur Zeit werden die Rohre eingelegt. 1984 soll die ständige Wasserversorgung fertig sein. Uns ist Hilfe zugesagt worden, um die reichlich vorhandene Sonnenstrahlung für Energiegewinnung nutzen zu können. Dakawa ist ursprünglich für 5.000 Bewohner geplant – aber angesichts der Lage wird dies kaum ausreichen.

Auch in Sambia haben wir eine große Farm. Wie Morogoro und Dakawa ist dies ein Selbsthilfeprojekt, das in erster Linie unsere Leute versorgen soll. Durch den Verkauf des Überschusses finanzieren wir den Ankauf weiterer Bedarfsgüter vor Ort.

Liebe Freunde,

ich bin gerade mit einem besonderen Appell von einer Reise nach Sambia und Tansania zurückgekehrt. In all unseren Projekten wollen wir mit der Anlage von Obstgärten beginnen. Bis jetzt kommt die Mehrzahl unserer Kinder kaum in den Genuß, das Obst essen zu können, das ihre Eltern und andere Arbeiter auf Plantagen in Südafrika produzieren müssen. Unsere Bitte ist daher, Obstbäume zu spenden oder zu Spenden dafür aufzurufen, um denen zu helfen, die im Exil leben müssen. Jeder Baum kostet etwa 5,- DM. Wir planen den Bau einer kleinen Konservenfabrik, um die Obstversorgung das ganze Jahr hindurch sicherzustellen.

Eine andere Möglichkeit der materiellen Solidarität wäre die Unterstützung für den Kauf von Milchvieh, um unsere Kinder regelmäßig mit Milch versorgen zu können, die sie bisher entbehren müssen.

Wir appellieren an die Jungdemokraten, eine Kampagne unter dem Motto "Obst für die Kinder aus Südafrika" zu starten – als gemeinsame Aktion von DJD, ihren Unterstützern und Freunden. Der Bedarf an Obst und Gemüse ist sehr dringlich. Wir hoffen auf eine positive Bewertung dieses Appells und daß eine solche Aktion möglichst bald anläuft.

Die nötigen Bäume werden in Afrika selbst gekauft werden, und wir versichern Euch, daß dafür gesammeltes Geld ausschließlich für den Zweck verwendet wird. Natürlich sind wir gern bereit, die Sache mit Euch zu diskutieren und Euch weitere Informationen und Unterlagen zukommen zu lassen. Wir hoffen auch, daß unabhängig von solch einem Projekt die Zusammenarbeit mit den Jungdemokraten im nächsten Jahr intensiviert wird.

Gleichzeitig möchten wir Euch alles Gute für die kommenden Feiertage und viel Erfolg im neuen Jahr wünschen.

Mit freundlichen Grüßen

Tony Seedat
Chief Representative ANC ISA